

WDR-Berechnung zur gesetzlichen Rente: Fast jedem Zweiten droht eine Mini-Rente

Stand: 12.04.2016 05:00 Uhr

Die gesetzliche Rente reicht bei vielen Deutschen künftig gerade für das Nötigste. Laut WDR-Berechnungen droht ab 2030 fast jedem zweiten Neurentner eine Rente maximal auf Grundsicherungsniveau.

Von Holger Beckmann, WDR

Eine gesetzliche Rente auf Hartz-IV-Niveau - das droht in Deutschland künftig vielen Menschen. Zum Beispiel diesem selbstständigen Computer-Programmierer: "Ich rechne eigentlich nicht damit, pünktlich in Rente gehen zu können - und als Selbstständiger werde ich wohl auch länger arbeiten können und müssen."

Oder diesem vollzeitbeschäftigten Friseur: "Ich habe eigentlich Angst, denn im Alter möchte man sich nach einem Arbeitsleben ja eigentlich auch etwas leisten können." Gefährdet ist auch dieser Mann, der gleich drei Mini-Jobs auf einmal macht - in einem Waschsalon, bei einer Sicherheitsfirma und als Türsteher. Trotzdem sagt er: "Ich hab' keine Altersabsicherung, auch wenn ich mir das wünschen würde - meine Rente ist mein Sparschwein."

Renten auf Grundsicherungs-Niveau

Sie alle eint: die Aussicht auf einen finanziell düsteren Lebensabend. Und sie stehen nicht alleine da. Ab 2030 droht aus heutiger Sicht jedem zweiten Neurentner in Deutschland eine Rente vom Staat, die über die Grundsicherung nicht hinausgeht.

Dass die gesetzliche Rente nicht mehr für den gewohnten Lebensstandard reichen wird, war klar. Aber Recherchen und Berechnungen des WDR zufolge wird sie fast 50 Prozent der Arbeitnehmer möglicherweise nicht einmal mehr vor Armut schützen. Entscheidender Grund dafür ist das schon seit langem sinkende Niveau der gesetzlichen Rente. Von 2030 an soll es auf bis zu 43,5 Prozent des Durchschnittslohns der gesamten Lebensarbeitszeit fallen.

Experte: "Großes gesellschaftliches Thema"

Beschlossen hat das schon vor vielen Jahren die rot-grüne Bundesregierung von Gerhard Schröder. Durch die WDR-Berechnung werden nun die Folgen erkennbar. Der Prognose liegt eine Betrachtung zugrunde, die sich auf den heutigen Arbeitsmarkt und die Verteilung der Bruttoeinkommen stützt. Wenn man annimmt, dass diese Verteilung in den nächsten Jahren weitgehend stabil bleibt, dann verdient heute ein Großteil der Beschäftigten zu wenig, um später eine höhere Rente zu bekommen.

Ökonomen verschiedener Denkschulen legitimieren diese Betrachtung - zum Beispiel Werner Eichhorst vom Bonner Institut zur Zukunft der Arbeit: "Es ist eine plausible Annahme, von den stabilen Strukturen auszugehen. Ich denke, dass die Szenarien schon im großen Ganzen dem entsprechen, was man in den nächsten 15 Jahren erwarten kann. Besonders die größeren Probleme bei der gesetzlichen Rente. Da sehe ich auf jeden Fall ein großes gesellschaftliches Thema erwachsen."

"Das Ergebnis ist wirklich dramatisch"

Und das, obwohl der Arbeitsmarkt derzeit in guter Verfassung ist: mit wenig Arbeitslosigkeit und einem hohen Anteil sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. So sieht es auch der Bremer Wirtschaftswissenschaftler Prof. Rudolf Hickel: "Die Rechnung geht ja von sehr optimistischen

Annahmen aus, also nicht davon, dass sich die Arbeitmarktsituation Richtung prekärer Arbeitsverhältnisse verschärfen würde. Es ist also eine sehr ruhige, zurückhaltende Annahme. Das Ergebnis ist wirklich dramatisch", sagt Hickel.

Das sinkende Rentenniveau ist ein Grund für die drohenden Armuts-Renten, doch es gibt weitere: niedrige Löhne, die hohe Zahl teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmer sowie der wachsende Anteil von Mini-Jobbern oder Solo-Selbstständigen am Arbeitsmarkt. In all diesen Gruppen ist das künftige Armutsrisiko im Alter den WDR-Berechnungen zufolge massiv.

Nur wenige haben Geld für Riester-Rente

Daran ändert auch die staatlich geförderte private Altersvorsorge - genannt Riester-Rente - wenig. Denn wer wenig verdient, legt erfahrungsgemäß auch wenig auf die hohe Kante, Förderung hin oder her. Und tatsächlich sorgt nur ein kleiner Bruchteil aller Arbeitnehmer per Riester-Vertrag überhaupt privat fürs Alter vor.

Wenn die Rentenhöhe also wie geplant bis 2030 weiter sinkt, dann werden in Zukunft viel mehr Menschen in Deutschland im Alter arm sein als heute. Denn nur wer 40 Jahre lang ohne Unterbrechung mindestens 2100 Euro Brutto im Monat verdient, bekommt mehr als eine Rente auf Hartz-IV-Höhe.